

### Tödliche Wirtschaftsblockade oder transparente Zollregelung? Die neue Zollverordnung der Ukraine und der Transnistrien-Konflikt

Zofka, Jan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zofka, J. (2006). Tödliche Wirtschaftsblockade oder transparente Zollregelung? Die neue Zollverordnung der Ukraine und der Transnistrien-Konflikt. *Ukraine-Analysen*, 7, 2-5. <https://doi.org/10.31205/UA.007.01>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



## DIE TRANSNISTRIEN-KRISE

- ANALYSE  
Tödliche Wirtschaftsblockade oder transparente Zollregelung? Die neue Zollverordnung der Ukraine und der Transnistrien-Konflikt. Jan Zofka, Leipzig 2
- KOMMENTAR  
Die Zollregelung an der ukrainisch-moldauischen Grenze: Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Schmuggel, Betrug und grenzüberschreitender Kriminalität. Wilfried Jilge, Leipzig 6
- STATISTIK  
Transnistrien in Zahlen 8

---

- CHRONIK  
Chronik vom 25. April bis 8. Mai 2006 11

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 23.5.2006. Thema werden die Privatisierungsauktionen sein.*

## Analyse

# Tödliche Wirtschaftsblockade oder transparente Zollregelung? Die neue Zollverordnung der Ukraine und der Transnistrien-Konflikt

Von Jan Zofka, Universität Leipzig

### Zusammenfassung

Die von den ukrainischen Behörden seit dem 3. März 2006 angewendeten Zollbestimmungen haben eine neue Zuspitzung des seit dem Zerfall der Sowjetunion schwelenden Konflikts zwischen der (ehemaligen Sowjet-)Republik Moldova und dem de facto unabhängigen Landesteil, der selbsternannten „Transnistrischen Moldau Republik“ (Pridnestrowskaja Moldovskaja Respublika – PMR), ausgelöst. In Übereinstimmung mit einem Abkommen mit der Republik Moldova vom Herbst 2005 lassen die ukrainischen Zöllner an der transnistrischen Grenze nur noch Waren passieren, die vom moldavischen Zoll abgefertigt worden sind. Die Regierung der PMR, deren Gebiet nur einen schmalen Streifen entlang des Dnjestr zwischen der ukrainischen Grenze und Rest-Moldova umfasst, reagierte daraufhin ihrerseits mit einer Blockade ukrainischer Güter und drohte mit einer Suspendierung der internationalen Gespräche für eine friedliche Beilegung des Konflikts. Die Ukraine, die Republik Moldova und die OSZE sehen in der Regelung, die in ähnlicher Form bereits von Sommer 2003 bis Sommer 2004 in Kraft gewesen war, dagegen eine Normalisierung und Verrechtlichung der moldavisch-ukrainischen Grenzbeziehungen. Die Außenpolitik Kiews unter der westlich orientierten „orangenen“ Führung macht damit weitere Schritte in Richtung EU und stellt sich erstmals mit Moldova gegen die von Russland unterstützte PMR. Diese eindeutige Positionierung im Widerstreit zwischen den Vorgaben der „internationalen Gemeinschaft“ (hier vertreten durch die OSZE und die EU) einer normierten Staatlichkeit und systematisch kontrollierter Grenzen einerseits sowie den Realitäten post-sowjetischer „failing borders“ andererseits begünstigt zunächst eine Verschärfung des Konflikts, könnte aber, dadurch dass Breschen in die scheinbar so geschlossenen PMR-Eliten geschlagen werden, neue Anknüpfungspunkte für eine dauerhafte Regelung der Frage nach dem Status Transnistriens ergeben.

### Einleitung

Nicht nur die Regierung der PMR und die von ihr mobilisierten Demonstranten an der Grenze, sondern auch die sowjetnostalgische, panslawistisch oder sogar großrussisch-nationalistisch gestimmte Opposition in der Ukraine (und in der Russischen Föderation) sind sich sicher: Der Westen und Moldova wollen mit der neuen Zollregelung die junge Republik „wirtschaftlich ersticken“ und das „transnistrische Volk“ „aushungern“. Zusammen mit der drastischen Maßnahme der PMR-Führung in Tiraspol, im Gegenzug die Einfuhren aus der Ukraine zu blockieren, bedeuten Handels- und Lieferungsausfall für die vom Außenhandel abhängige Wirtschaft ohne Zweifel einen schweren Schlag. Die Ukraine und Moldova können jedoch kein Problem erkennen und sehen in der Neuregelung eine längst vereinbarte Formalie und eine transparentere Gestaltung ihrer Grenzbeziehungen, die der Eindämmung des Schmuggels diene. Sie verweisen darauf, dass die Regelung nur eine Neuauflage der Verfahrensweise sei, die die Transnistrier 2003/2004 auch schon akzeptiert hatten. Die Tiraspoler Regierung beruft sich dagegen auf das haupt-

sächlich aus Absichtserklärungen bestehende „Moskauer Memorandum“ von 1997, das der PMR das Recht auf eine eigenständige außenwirtschaftliche Tätigkeit zusichere.

### Die wirtschaftliche Bedeutung der „Blockade“

Die Behörden der PMR beziffern den Schaden der Blockade nach 6 Wochen auf über 102 Millionen US-Dollar. 2,8 Millionen Dollar am Tag verliere die PMR, rechnet die Wirtschaftsministerin Elena Tschernenko vor. Von der für März geplanten Industrieproduktion im Wert von 44 Millionen Dollar wurden nur gute 35% realisiert. Sind solche Zahlen im internationalen Vergleich nicht unbedingt atemberaubend, bedeuten sie für die ca. 600 000 Einwohner kleine Minirepublik, deren Zentralbankstatistik für 2004 ein Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet 400 Millionen Dollar ausweist, jedoch einen mehr als spürbaren Verlust.

Die wirtschaftliche Struktur in der Region am Dnjestr ist seit den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg geprägt von großen Industriebetrieben, die

die Sowjetführung in gezielten Industrialisierungskampagnen dort angesiedelt hat. 10 dieser Großbetriebe haben nach Angaben der Wirtschaftsministerin die Arbeit eingestellt, weitere 20 arbeiteten schon Mitte März nur noch auf 3-Tage-Wochen und nur diejenigen mit großen Lagerkapazitäten laufen noch auf vollen Touren.

Dabei hatte sich die transnistrische Wirtschaft nach der schweren Krise im Zusammenhang mit dem Zerfall des sowjetischen Wirtschaftsgeflechts erst in den letzten Jahren nach der russischen Währungskrise etwas erholt. Die neue wirtschaftspolitische Strategie der PMR-Führung, die sich ideologisch pro-sowjetisch und staatswirtschaftlich orientiert gibt, erzielte mit Privatisierungen, Joint Ventures und einer verstärkten Förderung von Investitionen auch aus „dem Westen“ einige punktuelle Erfolge auf dem Exportsektor. Die für Investoren sicherlich abschreckenden unsicheren politischen Verhältnisse werden durch ein extrem niedriges Lohnniveau von unter 70 US-Dollar im Monat aufgewogen. Der Großteil der Bevölkerung hat an den Fortschritten (besser gesagt, Gewinnen), die die PMR-Eliten mit ihrem Privatisierungskurs erwirtschafteten, keinen Anteil, an den negativen Folgen der derzeitigen Eskalation allerdings schon. Die niedrigen Löhne werden bei längerem Andauern der Unterbrechung des Güterflusses gar nicht mehr ausbezahlt werden. Einige populistische Maßnahmen, wie die Senkung der Preise für kommunale Dienste, die die Wirtschaftsministerin angekündigt hatte, werden das nicht auffangen können.

Zudem gefährdet vor allem auch die Blockade ukrainischer Waren durch die transnistrischen Zollbehörden die Versorgung der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung der Produktion. Die durch eine deutlich negative Handelsbilanz belastete Republik ist nicht nur abhängig von den Einkommen aus ihren Exporten (v.a. Metallurgie), sondern auch vom Import von Konsumgütern, Rohstoffen und Maschinen.

Die reaktive Blockade der transnistrische Führung richtet auch bei der Ukraine und der Republik Moldova Schaden an – selbst Güter aus Rumänien und Moldova mit Bestimmungsziel Ukraine müssen über Tiraspol. Die Versuche eine Infrastruktur aufzubauen, die eine Umgehung der langgezogenen Republik links des Dnjestr möglich macht, stecken bisher noch in Kinderschuhen.

Ob für die missliche Lage tatsächlich die neue Zollverordnung der Ukraine verantwortlich ist, bleibt eine politische Frage. Einige der transnistrischen Unternehmer sind nach Chisinau gereist und verhandeln mit der Regierung der Republik Moldova. Eine umstrittene Anzahl von PMR-Unternehmen ist bereits

bei den moldawischen Behörden registriert. Die PMR-Führung übt dagegen Druck auf die Unterenehmer aus, keine Registrierung in Chisinau vorzunehmen.

Nachdem in den ersten Tagen der Blockade sich tatsächlich Lastwagen und Züge an den ukrainischen Grenzübergängen stauten, ist derzeit unklar, ob nicht informelle Lösungen zwischen einzelnen Unternehmern und Chisinauer Behörden die reale Situation jenseits der lautstarken Anschuldigungen aus Tiraspol deutlich entdramatisieren könnten.

### Machtkonsolidierung in der PMR

Während sich in der engen politischen und wirtschaftlichen Verbundenheit Transnistriens mit Russland die langjährige Zugehörigkeit zu ein und demselben Staat weiterhin widerspiegelt, hatte sich die sozioökonomische Struktur der Region links des Dnjestr und des Rests der moldawischen Sowjetrepublik bereits in den Jahrzehnten vor dem Ende der Sowjetunion auseinanderentwickelt. Während das ehemalige Bessarabien bis auf einige wenige Zentren wie Chisinau weitgehend agrarisch geprägt blieb, betrieb die Moskauer Führung im heutigen Transnistrien eine forcierte Industrialisierungspolitik. Die entstehenden Großbetriebe unterstanden nicht der Republikführung in Chisinau, sondern den Moskauer Ministerien. Sowohl die Masse der Arbeitskräfte als auch nicht zuletzt die Führungskräfte kamen aus allen Teilen der Sowjetunion. Da die Eliten sowjettypisch die Positionen in Partei, Verwaltung und Fabriken munter tauschten, bildeten sie informelle Beziehungen heraus, die ihnen zu dem Zeitpunkt, als Unabhängigkeitsbestrebungen in der Moldawischen Sowjetrepublik sichtbar wurden, die Eigenständigkeit gaben, diesen Prozess nicht nachzuvollziehen. So stellten sich die späteren Staatsgründer der PMR auf den Standpunkt, der Austritt aus der Sowjetunion durch die moldawische Führung sei nicht rechtens und die Separatisten stünden auf der anderen Seite des Dnjestr.

Wahlsiege der pro-rumänischen moldawischen Volksfront, gegenüber dem Russischen wenig tolerante Sprachgesetze und die darauf gründende Angst der russischsprachigen Bevölkerung vor einem Statusverlust in einem Großrumänien, gaben der Elite ein starkes Mobilisierungsinstrument an die Hand. Die Bedeutung der Sprachpolitik als Auslöser und Anlass von Mobilisierungen haben viele Forscher und Beobachter dazu verleitet, den Konflikt als „ethnisch“ zu kodieren, inzwischen haben sich jedoch Deutungen, die die Interessen der transnistrischen Eliten ihren Besitz und ihre Privilegien zu verteidigen, betonen in den Vordergrund geschoben.

Faktisch existiert jedenfalls nicht nur die PMR seit 15 Jahren, sondern haben sich auch ihre Eliten konsolidiert. Trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung hat es das autoritäre Regime um Präsident Igor Smirnov bisher geschafft, die nötige Zustimmung zu organisieren. Zum einen wird Opposition nur in dem Maße zugelassen, soweit sie nicht den Dogmen der Eigenstaatlichkeit und der Russlandorientierung widerspricht. Zum anderen hat die Staatsführung hart daran gearbeitet, die Verunsicherung der städtischen Bevölkerungsschichten, die im Zuge des Zusammenbruchs des Realsozialismus von Statusverlust, Zerfall des Industriearbeitermilieus und wirtschaftlichem Abstieg bedroht waren, durch eine aktive Identitätspolitik in eine Akzeptanz des Staates PMR und seiner Regierung umzumünzen. Mit den Nationalhelden Lenin, Smirnov und dem Napoleon-Gegner und „Befreier Transnistriens“ General Suvorov, Hammer und Sichel im Staatswappen und einer Mythisierung des Kurzkrieges gegen die Republik Moldova 1992 wurde eine transnistrische Identität geschaffen. Untrennbar verbunden ist diese mit einer Russlandorientierung, die der Eigenstaatlichkeit zwar irgendwie widerspricht, aber als Basis für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft im Sinne einer Wiederkehr des mächtigen Imperiums (egal ob Zarenreich oder Sowjetunion) für die Führung der verarmten Minirepublik unverzichtbar ist.

In diesem Kontext der Machtkonsolidierung unter prekären Verhältnissen sind auch die aktuellen Mobilisierungen gegen die Blockade zu sehen. Hier treffen sich die „Internationale Jugendkooperation Durchbruch“ („Proryv“), die an die Kreml-nahen Jugendorganisationen in Russland erinnert, der transnistrische Ableger der Zhirinovskij-Partei LDPR oder die „Jugendvereinigung Che Guevara“ mit Veteranenverbänden und der Frauenunion zum „Piket“ an der Grenze oder zur Demonstration in Tiraspol.

Als die Sowjetunion zerfiel, war Transnistrien noch die stärkste Wirtschaftsregion der Sowjetrepublik und somit für Chisinau kein leicht verschmerzbarer Verlust: Auf 12% der Fläche der MSSR produzierten 15% der Bevölkerung ein Drittel der Industrieerzeugnisse, 40% des Bruttosozialproduktes und 90% der Energie. Mit dem Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft haben sich die Vorzeichen verändert – mit einer maroden und großteils stillgelegten Industrie und einem noch aus den Zeiten der Sowjetunion herrührenden hohen Anteil an Rentnerinnen und Rentner hat das „Museum des Kommunismus“ deutlich an wirtschaftlicher Attraktivität verloren.

Vielmehr haben für die Republik Moldova, abgesehen von einigen exportfähigen Großbetrieben,

Fragen der staatlichen Integrität Vorrang. Gerade die Aspirationen in Richtung EU machen es für Chisinau unabdingbar, eine Klärung herbeizuführen und die PMR in ihr Staatsgebiet zu reintegrieren. Ein EU-Beitritt Moldaviens, der allerdings im Moment nicht zur Debatte steht, würde wiederum den „Vertretern des transnistrischen Volkes“ eine Kompromisslösung in der Statusfrage schmackhafter machen als das unter den gegebenen Umständen der Fall ist.

### Die Position der „internationalen Gemeinschaft“

So spielt nicht nur Russland mit seinen Friedenstruppen und den Verbindungen zur PMR, sondern ebenso die EU eine Rolle als äußere Macht mit Einfluss auf den Konflikt. Im Rahmen des Ukraine-EU-Aktionsplan 2005 drängte die europäische Staatengemeinschaft auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Kiew auf dem Gebiet der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“. Ein gemeinsames Vorgehen zur Lösung des Transnistrienkonflikts wird von Experten seit der Orangen Revolution angemahnt. Auf Anfrage aus Kiew und Chisinau führt die EU seit vergangenem Oktober eine „border assistance mission“, in deren Rahmen der Grenzverkehr an dem umstrittenen Abschnitt von 50 Experten observiert wird.

Die EU-Organe begrüßten in zahlreichen Erklärungen uneingeschränkt die Vorgehensweise der Ukraine, sehen darin eine geeignete Maßnahme, um den illegalen Warentransfer aus Transnistrien zu unterbinden, und sprechen von einer Steigerung der „Transparenz“ der Grenzregulation. Dieselbe Sicht vertritt die seit 1993 arbeitende OSZE-Mission in Moldova.

Die Interessen der EU sind klar: mit dem Beitritt Rumäniens wird die Republik Moldova zum direkten Nachbar. Ein Nachbar dessen offizielles Staatsgebiet einen für die „internationale Gemeinschaft“ wenig kontrollierbaren Warenumschnittpunkt, ungesicherte Grenzabschnitte und russische Truppen beherbergt, ist für die EU nicht zu akzeptieren. Deshalb wird der Druck auf die Konfliktparteien verstärkt.

### Die ukrainische Transnistrien-Politik: Schritte in Richtung EU

Bei der ukrainischen Führung stößt die „internationale Gemeinschaft“ mit ihren Konzepten derzeit auf offene Ohren. Versuchte sich Kiew im vergangenen Jahr noch mit dem von beiden Seiten wenigstens nicht rundherum abgelehnten Juschtschenko-Plan eher als Schlichter im Transnistrienkonflikt zu profilieren, drückt sich in der neuen Abfertigungsregelung eine



eindeutige Positionierung auf der Seite von EU/OSZE und Moldova aus. Die PMR reagierte darauf mit der Androhung einer Suspendierung der internationalen Verhandlungen und mit einer verbalen Aberkennung des Vermittler-Status' der Ukraine.

Ebenso heftig war der Aufschrei in der (radikaleren) ukrainischen Opposition. Die Moskau-nahen, teils panslawistisch-orientierten, teils sowjetnostalgischen Kräfte mobilisierten auf den Kiewer Straßen und an der Grenze für ein Ende der „Blockade“, die sich schließlich auch gegen die Landsleute in der PMR richtete. Ein weiterer Streitpunkt war die geringe Bereitschaft der orangenen Führung den ukrainischen Staatsbürgern in der PMR infrastrukturelle Möglichkeiten für die Beteiligung an der Parlamentswahl zur Verfügung zu stellen. Allerdings blieben die Protestaktionen mit einigen Tausend Teilnehmern begrenzt. Die erhoffte Unterstützung durch die größte Organisation der Opposition „Partei der Regionen“ Janukowitschs und der Wirtschaftsführer im Osten blieb aus.

Wie für die politische Lage insgesamt waren die Proteste auch für die führenden Politiker der „orangenen Revolution“ wenig relevant. Die Frage nach Sieg oder Niederlage bei der Parlamentswahl entschied sich für Juschtschenko und Timoschenko im orangenen Lager und nicht durch Versuche in die Russland-orientierten Wählerpotentiale einzubrechen. Timoschenko gewann schließlich mit der (verbal) entschiedeneren Positionierung gegen Moskau und die Oligarchen im Osten des Landes.

Insgesamt scheint der ökonomische Verlust der ukrainischen Investoren in der PMR im Vergleich mit der Zukunftsaussicht auf eine engere Anbindung an die EU eine geringe Rolle gespielt zu haben. Das und der Versuch Juschtschenkos sich bei der EU als zuverlässiger Partner zu profilieren sind die zentralen Faktoren der entschiedeneren Politik der Ukraine gegenüber der PMR. Im Hintergrund stehen die Verschlechterung der Beziehungen mit der Russischen Föderation und möglicherweise das separatistische Potential auf der Krim, das aus der Sicht Kiews kein

Vorbild in einer anerkannten, unabhängigen PMR finden soll.

### Türkische Revolution in Tiraspol?

Darauf, dass Gewinne auf dem europäischen Markt den ökonomischen Eliten letztendlich eine attraktivere Perspektive bieten als das Aufrechterhalten postsozialistischer Netzwerke, setzt die EU auch zur Lösung des Transnistrien-Konflikts. Die OSZE hat die transnistrischen Unternehmer direkt aufgerufen sich bei den moldavischen Behörden registrieren zu lassen. Die „internationale Gemeinschaft“ scheint zu versuchen, die im Zuge von Privatisierung und Internationalisierung stärkere Differenzierung der Machtstrukturen in der PMR für eine Spaltung der Eliten zu nutzen. Eine auf den europäisch-westlichen Markt orientierte Fraktion der Unternehmerschaft mitsamt einer Unterstützung durch Mobilisierungen dazugehöriger „zivilgesellschaftlicher“ Organisationen stellt ein probates Mittel für den Sturz unliebsamer Regime dar.

Davon sind die Verhältnisse in der PMR aber ein gutes Stück entfernt. Die PMR-Führung hat die Zügel fest in der Hand und Demonstrationen finden derzeit nur in Unterstützung des Regimes und nicht gegen es statt. Das Grundproblem der „internationalen Gemeinschaft“ ist, dass die Konzepte von systematisch kontrollierten Grenzen und Staaten nach EU-Norm im post-sowjetischen Raum auf krisenhafte Transformationsrealitäten stoßen, so dass die Ergebnisse von Eingriffen oft anders aussehen als vorgesehen. So hat die EU-gestützte Maßnahme des ukrainischen Zolls den Konflikt am Dnjestr vorerst angeheizt und den PMR-Eliten eine Gelegenheit zur Mobilisierung ihrer Anhänger gegeben. Unter den prekären wirtschaftlichen Bedingungen gefährden zudem „transparente Regelungen“ an den neuen Staatsgrenzen weniger die mafios wirtschaftenden Oligarchen, als vielmehr das Gros der vom kleinen Grenzverkehr abhängigen Händler und der Armut- und Arbeitsmigranten.

*Redaktion: Heiko Pleines*

#### Über den Autor:

Jan Zofka hat in Leipzig und St. Petersburg Geschichte, Politik- und Osteuropawissenschaften studiert und arbeitet zur Zeit an einem Dissertationsprojekt über die Separatismen in Transnistrien und auf der Krim in und nach dem Zerfall der Sowjetunion.

#### Lesetipps:

- Büscher, Klemens: Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine: ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat, Frankfurt/Main, 2004
- Hanne, Gottfried: Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regelung, Berichte des BiOst, Nr. 42/1998
- Troebst, Stefan: Separatistischer Regionalismus als Besitzstandwahrungsstrategie (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989–2002, in: Phillip Ther und Holm Sundhaussen (Hrsg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Marburg, 2003, S. 185–214

## Kommentar

# Die Zollregelung an der ukrainisch-moldauischen Grenze: Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Schmuggel, Betrug und grenzüberschreitender Kriminalität

Von Wilfried Jilge, GWZO an der Universität Leipzig

### Das neue Zollregime

Am 3. März 2006 wurde an der ukrainisch-moldauischen Grenze ein Zollregime wieder in Kraft gesetzt, das zwischen Sommer 2003 und Sommer 2004 existierte und auf ein Protokoll zwischen den Zollbehörden der Ukraine und der Republik Moldau vom 15. Mai 2003 zurückgeht. Gemäß der Vereinbarung, die in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Premierminister Juri Jechanurow und Wasile Tarlew vom 30. Dezember 2005 bekräftigt wurde, können nur Waren mit offiziellen Zollpapieren die gemeinsame Grenze passieren. Die EU-Grenzmission (EU Border Assistance Mission), die seit dem 1. Dezember 2005 auf Einladung der beiden Regierungen an der ukrainisch-moldauischen Grenze präsent ist, hat auf die Wiedereinführung des einheitlichen Zollregimes hingearbeitet: Eine moderne Grenze kann nur dann wirksam kontrolliert werden, wenn ein intensiver Informationsaustausch und eine entsprechende Risikoanalyse stattfinden. Die Wiedereinführung des Grenzregimes trägt zur Bekämpfung von Schmuggel, Korruption und grenzüberschreitender Kriminalität bei – und verhindert nicht zuletzt millionenschwere Steuerausfälle. Sie ist also im ukrainischen und moldauischen staatlichen Interesse.

Für Firmen aus dem transnistrischen Landesteil der Republik Moldau bedeutet das Zollregime, dass sie sich in Chisinau registrieren und ihre für den Export bestimmten Waren von den offiziellen moldauischen Behörden abfertigen lassen müssen. Dies verschafft ihnen sogar Vorteile im internationalen Handel: Während transnistrische Güter sonst als Waren aus „unbekanntem Drittland“ behandelt und mit hohen Einfuhrzöllen belegt werden, erhalten transnistrische Firmen bei permanenter Registrierung in Chisinau Ursprungszertifikate, die ihnen weltweite Handelspräferenzen sichern, bei vorläufiger Registrierung zumindest entsprechende Präferenzen für den Export in die Ukraine. Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund, warum die transnistrischen Firmen die neuen Zollregelungen nicht einhalten sollten. Für die derzeitigen Exportbeschränkungen und die dadurch hervorgerufenen Produktionsausfälle in Transnistrien ist allein das Smirnov-Regime verantwortlich, das sich aus politischen Gründen gegen die Regelung sperrt.

### Reaktionen

Direkt nach Wiedereinführung des Zollregimes protestierte das Regime in Tiraspol gegen die angeblich von Kiew und Chisinau verhängte „Wirtschaftsblockade“, blockierte selbst die Grenze zur Ukraine und mobilisierte Demonstrationen, über die auch in den ukrainischen Medien breit berichtet wur-

de. Schon am 16. März 2006 allerdings öffnete die transnistrische Führung die Grenze für Importe aus der Ukraine und erlaubt seit Ende März auch einer begrenzten Anzahl von derzeit 15 Firmen, Exporte zu tätigen. Die Mehrheit der transnistrischen Firmen wird jedoch weiter daran gehindert, die für den Export nunmehr notwendigen moldauischen Papiere zu erlangen. Es sieht so aus, als plane das Smirnov-Regime, seine selektive Selbstblockade bis Mitte Juli, also bis zur Bildung der neuen ukrainischen Regierung, aufrecht zu erhalten – in der Hoffnung, bei einer eventuellen Koalition der Partei der Regionen und der „orangefarbenen Oligarchen“ auf mehr Verständnis zu stoßen.

Das russische Außenministerium verurteilte das Grenzregime in mehreren Erklärungen, wobei es sich den Duktus der Führung in Tiraspol zu eigen machte. Die scharfen Reaktionen aus Moskau und Tiraspol sind auch vor dem Hintergrund der ukrainischen Parlamentswahlen am 26. März 2006 zu sehen. Außenpolitik im Allgemeinen und das Verhältnis zu Russland im Besonderen spielten im Wahlkampf eine Rolle. Die Verschärfung des Konflikts konnte dazu benutzt werden, die pro-westliche ukrainische Regierung und Präsident Viktor Juschtschenko bei den Wählern zu diskreditieren. Dass ein solcher Versuch unternommen wurde, illustriert der Konvoi mit „Humanitärer Hilfe für Transnistrien“, den die Kreml-Partei „Einiges Russland“, das rus-

sische Katastrophenministerium und die Moskauer Stadtverwaltung ausrüsteten und der unmittelbar vor den ukrainischen Wahlen, am 24. und 25. März 2006, die Ukraine durchquerte. Die Wirkung blieb allerdings gering: Abgesehen von der linkspopulistisch-radikal eingestellten Natalja Witrenko, die bei den Wahlen knapp unter drei Prozent der Wählerstimmen erhielt, griff keine der Parteien das Thema aktiv auf. Vertreter der „Partei der Regionen“ äußerten vereinzelt Kritik an der durch das Zollregime verursachten neuerlichen Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland, blieben allerdings die Antwort auf die Frage schuldig, warum die Regelungen unter Premierminister Viktor Janukowitsch problemlos funktionierten.

### Verhandlungsperspektiven

Zwar wäre es falsch, schnelle Fortschritte bei der Lösung des Transnistrienproblems zu erwarten, denn zu viele Faktoren greifen hier ineinander. Genau so irrig ist es aber, die Wiedereinführung des Grenzregimes für mangelnde Fortschritte verantwortlich zu machen. Die Wiedereinführung lieferte lediglich denen einen willkommenen Vorwand, die daran interessiert sind, den Status quo aufrecht zu erhalten: dem Regime Smirnow, das Machtverlust fürchtet; dem Kreml, der seinen militärischen „Vorposten“ nicht verlieren will und dem außerdem derzeit fast jedes Mittel recht scheint, die „unbotmäßigen“ früheren Sowjetrepubliken zurück in den eigenen Einflussbereich zu holen; und denjenigen russischen, ukrainischen und moldauischen Geschäftsleuten, die vom ungeklärten Status Transnistriens finanziell profitieren. Die Proteste gegen das Zollregime bauten allerdings darauf, dass die Ukraine in der Vorwahlsituation „einknicken“ und der massiven Propaganda nicht würde Stand halten können. Je länger die Regelungen in Kraft sind, desto deutlicher zeigt sich aber, dass ihre Gegner über keine stichhaltigen Argumente verfügen.

Die Ukraine hat bewiesen, dass sie ihre eigenen staatlichen Interessen (Bekämpfung von Schmuggel, Korruption und grenzüberschreitender Kriminalität)

auch in einem schwierigen Umfeld durchsetzen kann. Dies wird ihr – wenn sie dabei bleibt – auf Dauer bei allen Seiten Respekt eintragen.

Vordergründig hat die Wiedereinführung des Zollregimes an der ukrainisch-moldauischen Staatsgrenze zu einer Krise im Vermittlungsprozess zur Lösung des Transnistrienproblems geführt. Transnistrien und auch Moskau machten eine Rücknahme der Zollregelungen zur Vorbedingung für die nächsten Gespräche im Format 5+2. Die für Anfang April geplante Runde fand nicht statt. Aber auch wenn Transnistrien – und Russland – kaum einlenken werden, bevor die politische Ausrichtung der neuen ukrainischen Regierung feststeht, zeichnet sich schon jetzt Bewegung ab: Am 19. April trafen in Moskau die Vermittler OSZE, Russland und Ukraine sowie die Beobachter USA und EU (3+2) zusammen und loteten Möglichkeiten für die Wiederaufnahme der Gespräche unter Beteiligung der Konfliktparteien aus. Wenn – wie von der ukrainischen Regierung gefordert – eventuell noch bestehende Probleme bei der Registrierung transnistrischer Firmen auf Expertenebene besprochen und gelöst werden, wird auch Tiraspol wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Eine Schlüsselfrage des weiteren Verhandlungsprozesses könnte die Frage der Anerkennung der in Transnistrien durchgeführten, von Chisinau bisher angefochtenen Privatisierungen werden.

Die Gespräche, die seit Ende Oktober 2005 im Format 5+2 stattfinden, brachten bisher wenig inhaltlichen Fortschritt. Sie könnten jetzt sogar in eine neue, produktivere Phase eintreten, da Russland und Tiraspol daran interessiert sein werden, aus der politischen Defensive zu kommen und die Initiative nicht den anderen Teilnehmern des Prozesses zu überlassen. Im Jahr seiner G8-Präsidentschaft wird es Russland außerdem vermeiden, als bloß destruktiv wahrgenommen zu werden.

*Redaktion: Heiko Pleines*

### Über den Autoren:

Wilfried Jilge ist Osteuropahistoriker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig.



**Statistik**
**Transnistrien in Zahlen**
**Tabelle 1: Moldova und Transnistrien (PMR) im Vergleich**

	Republik Moldova	PMR
Territorium	33 700 qkm	4 163 qkm
Bevölkerung	4,3 Mio	660 000
„Ethnische Zusammensetzung“	Moldavier: 64%, Ukrainer: 11,7%, Russen: 10,7%	Moldavier: 33%, Ukrainer: 29%, Russen: 29%
Bevölkerungsdichte	127 Pers./qkm	160 Pers./qkm
Datum der Unabhängigkeit	27.8.1991 (Annahme der Unabhängigkeitserklärung)	2.9.1990 (Bildung der PMSSR*)
Währung	Lej (seit Nov. 1993)	Transnistrischer Rubel (seit Sept. 1994)
Administrative Unterteilung	9 Kreise	5 Rajone, Städte Tiraspol und Bendery
Staatsform	„Unitäre“ Parlamentarische Republik (seit 1995 mit gagausischer Autonomie)	„Unitäre“ Präsidentialrepublik
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	GUS, UNO, WTO, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum, Stabilitätspakt Südosteuropa	„Gemeinschaft nicht-anerkannter Staaten“ (mit Abchasien, Süd-Ossetien, Berg-Karabach)

\* Pridnestrowskaja Moldawskaja Sowjetskaja Sozialistitscheskaja Respublika

Quelle: Koshokina, E.M.: *Moldawia – Sowremennye tendenzii raswitija*, Moskau, 2004, S. 338

**Wappen und Fahne**

Moldova:

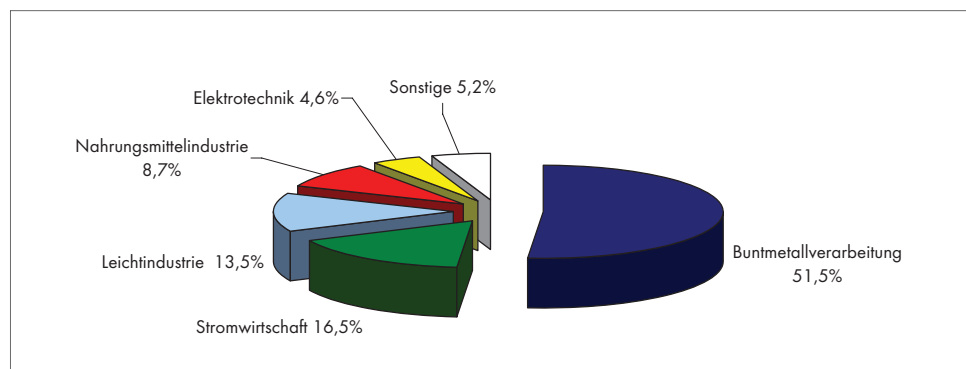


Transnistrien (PMR):

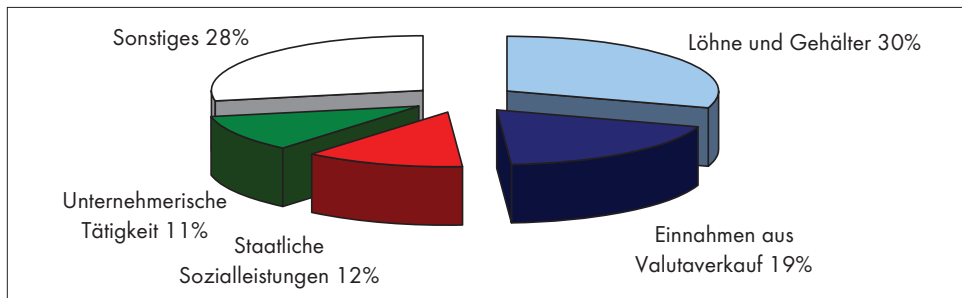

**Tabelle 2: Das transnistrische Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

	2003	2004	2005
BIP, Mio. US-Dollar	318,4	417,6	517,5

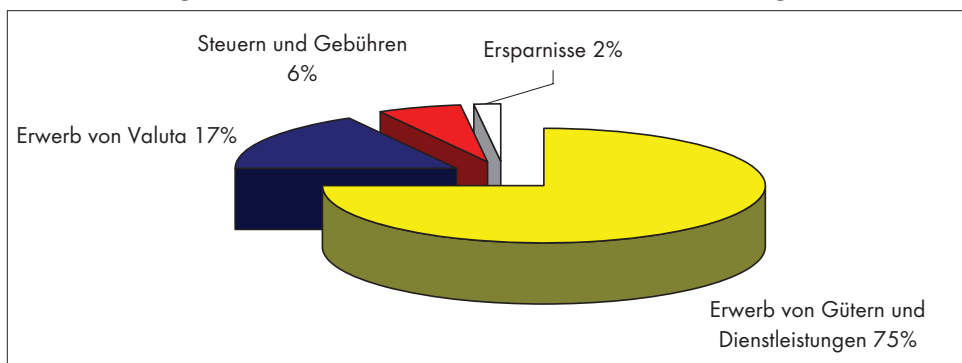
Quelle: *Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 2 (81) 2006*, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

**Grafik 1: Die transnistrische Industrieproduktion nach Branchen**


Quelle: *Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 2 (81) 2006*, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

**Grafik 2: Einkommensquellen der transnistrischen Bevölkerung (2005)**


Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 4 (83) 2006, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

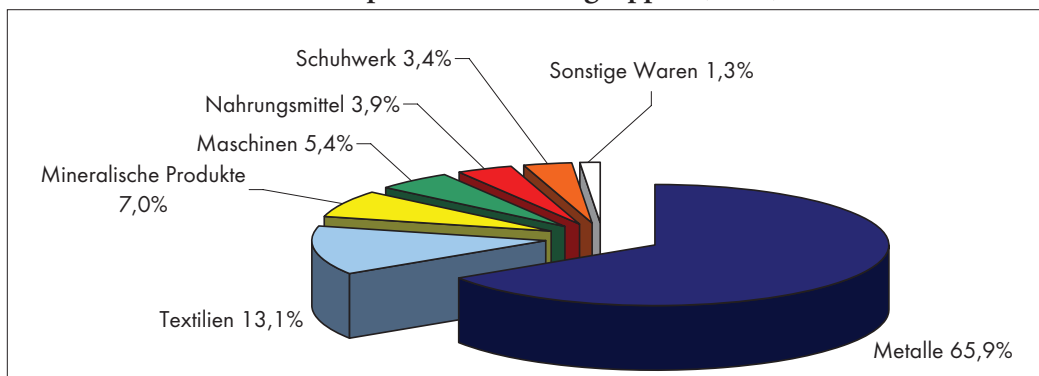
**Grafik 3: Ausgabenstruktur der transnistrischen Bevölkerung (2005)**


Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 4 (83) 2006, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

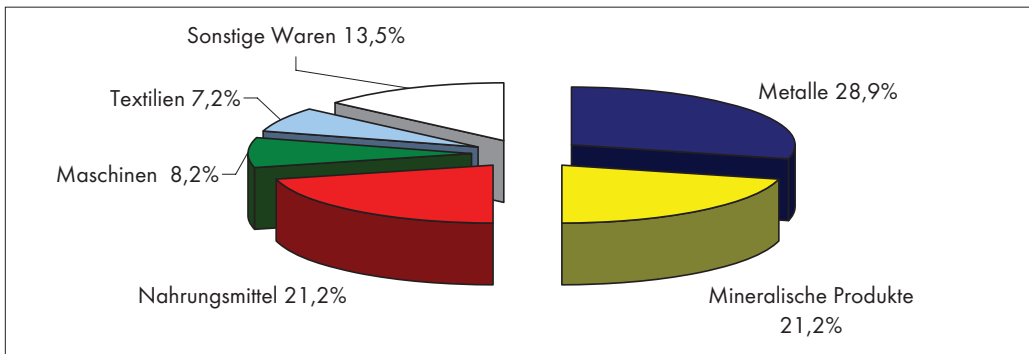
**Tabelle 3: Der transnistrische Außenhandel**

	2003	2004	2005
Export, Mio. US-Dollar	432,8	535,1	579,7
Import, Mio. US-Dollar	592,9	758,3	855,6
Saldo, Mio. US-Dollar	-160,1	-223,2	-275,9

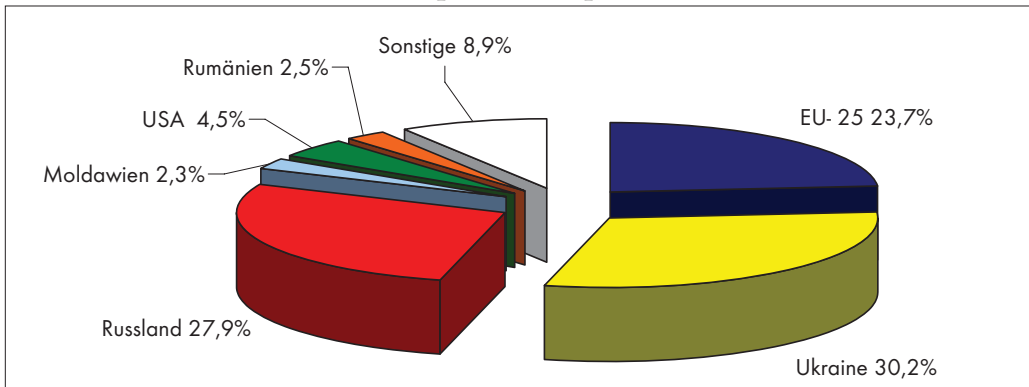
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 2 (81) 2006, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

**Grafik 4: Transnistrische Exporte nach Gütergruppen (2005)**


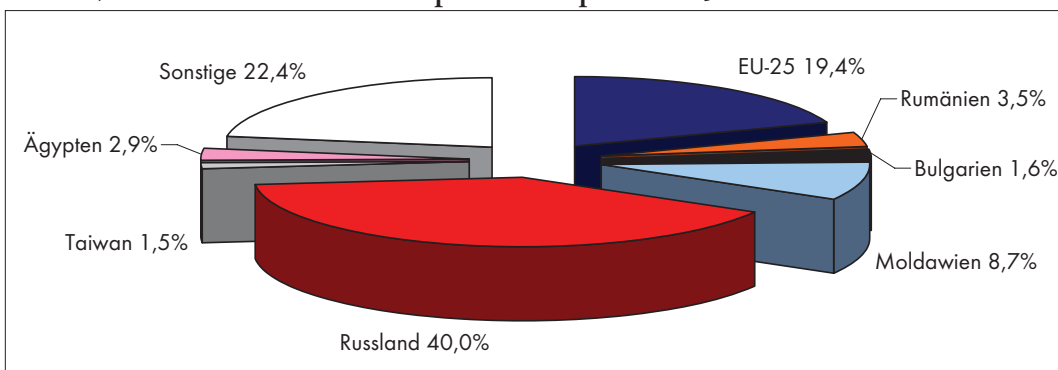
Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

**Grafik 5: Transnistrische Importe nach Gütergruppen (2005)**


Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

**Grafik 6: Transnistrische Handelspartner: Importe 2005**


Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

**Grafik 7: Transnistrische Handelspartner: Exporte 2005**


Quelle: Westnik Pridnestrowskogo Respublikanskogo Banka, Informazionno-analititscheskoje Isdanie Nr. 1 (80) 2006, [www.cbpmr.net](http://www.cbpmr.net)

**Chronik**
**Chronik vom 25. April bis 8. Mai 2006**

25.– 26.4.2006	Zum 20. Jahrestag der Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl finden etliche Gedenkveranstaltungen statt. Präsident Viktor Juschtschenko fordert den Europarat und die Vereinten Nationen auf, eine internationale Geberkonferenz zur Bewältigung der Folgen des Unglücks zu unterstützen. Er kündigt den baldigen Bau eines neuen Sarkophags über dem Unglücksreaktor an und bekräftigt seinen Plan auf dem Kraftwerksgelände ein Endlager für radioaktiven Müll einzurichten.
26.4.2006	Das Oberste Verwaltungsgericht lehnt die Klage von vier ukrainischen Parteien und Wahlblöcken gegen das Ergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006 ab. Die Zentrale Wahlkommission kann damit das offizielle amtliche Endergebnis veröffentlichen.
26.4.2006	Die Eigentümer von RosUkrEnerg, dem Zwischenhändler für Erdgasexporte in die Ukraine, werden in der russischen Tageszeitung Izwestija genannt. Es sind die ukrainischen Geschäftsleute Dmitri Furtasch und Iwan Fursin. Furtasch war bereits an der Vorgängerfirma von RosUkrEnerg im Erdgashandel, Euraltransgas, beteiligt. Nach Informationen von Radio Free Europe / Radio Liberty bestätigt die österreichische Raiffeisenbank den 50%-Anteil an RosUkrEnerg treuhänderisch für die beiden ukrainischen Geschäftsleute zu halten.
27.4.2006	NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer erklärt beim NATO-Aussenministertreffen in Sofia, dass die Ukraine auf dem NATO-Gipfel im November 2006 in Riga eine Unterstützung seiner Mitgliedschaftsambitionen jedoch noch keine Einladung zu Aufnahmeverhandlungen erhalten werde. Während die US-Aussenministerin Condoleezza Rice sich nicht auf einen konkreten Termin für einen membership action plan für die Ukraine festlegen wollte, erklärte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in Riga, er gehe davon aus, dass der Plan im November vorliegen werde. Der ukrainische Aussenminister Boris Tarasjuk betont in Sofia, dass der Weg der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft „unumkehrbar“ sei.
28.4.2006	Auf Anfrage von Präsident Viktor Juschtschenko befassen sich das Justizministerium und die Generalstaatsanwaltschaft mit der Rechtmäßigkeit der Einführung des Russischen als regionaler Amtssprache in der Region Luhansk und der Stadt Sewastopol.
2.5.2006	Mit der offiziellen Verkündung des amtlichen Endergebnisses der Parlamentswahl vom 26.3.2006 steht auch die Wahlkampfkostenerstattung fest. Alle Parteien, die den Einzug ins Parlament geschafft haben, erhalten bis zu 35 Mio. UAH (ca. 7 Mio. US-Dollar) nachgewiesener Wahlkampfkosten erstattet. Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission liegen nur die offiziellen Wahlkampfausgaben der Kommunisten und des Blocks Timoschenko mit 8 bzw. 13 Mio. UAH unter dieser Grenze. Die höchsten Ausgaben hat die Partei der Regionen mit 112 Mio. UAH ausgewiesen.
3.5.2006	Präsident Viktor Juschtschenko entlässt die Gouverneure von vier Regionen: Eduard Seinalow (Kirovograd) und Wasil Zuschko (Odessa) haben einen Parlamentssitz gewonnen, der mit einem Amt in der Exekutive nicht vereinbar ist. Irina Sinjawska (Shitomir) verlässt ihren Posten ebenfalls auf eigenen Wunsch. Für die Entlassung von Wadim Tschuprun (Donezk) wurden keine Gründe genannt.
3.5.2006	Zur Bekämpfung von Schmuggel will die Ukraine noch dieses Jahr an der Grenze zu Russland in der Region Luhansk einen 400 km langen Graben anlegen.
4.5.2006	Präsident Viktor Juschtschenko fordert die EU auf einer Konferenz in Wilnius erneut auf, der Ukraine eine klare Beitrittsperspektive zu geben. Kurzfristig strebe die Ukraine nach Ablauf des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens ein Assoziationsabkommen an. Juschtschenkos Berater Konstantin Timoschenko erklärt am Folgetag, dass die Ukraine einen Austritt aus der GUS erwäge, dies aber derzeit kein drängendes Thema sei.
5.5.2006	Nach Gesprächen mit den Leitern der im Parlament vertretenen Parteien erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass die Koalitionsgespräche gute Fortschritte machen würden und eine abschließende Einigung bis zum 24.5.2006 realistisch erscheine.
6.5.2006	Nach einer Schlägerei zwischen etwa 200 Vertretern des „Marsches der Freiheit“ und der rechtskonservativen UNASUNSO werden in Kiew fünf Teilnehmer von der Polizei verhaftet.
6.5.2006	Vor den Feierlichkeiten zum Tag des Sieges über das faschistische Deutschland ruft Präsident Juschtschenko die Veteranen der Roten Armee und ukrainischer nationalistischer Partisanenverbände erneut auf, gemeinsam an den Paraden teilzunehmen.
8.– 9.5.2006	Feierlichkeiten zum Gedenken an den Sieg über das faschistische Deutschland.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de